

Lippstädter Rundblick

Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft 60plus in der SPD Lippstadt

3. Jahrgang / Nummer 2 aus 2026 vom 1. März 2026

Verantwortlicher Herausgeber: Karl-Heinz Tiemann

Stadtjugendamt - Rückblick und Ausblick

Öffentlicher Dialog am Donnerstag, 5. März, 18.00 Uhr, Rathaus

In der Geschichte der Lippstädter Kommunalpolitik hat es seit der Gebietsneuordnung in 1975 kaum eine Debatte gegeben, die mit einer derart großen Leidenschaft geführt wurde wie das Pro und Kontra um ein Jugendamt in der Verantwortung der Stadt Lippstadt. Vor 30 Jahren - am 1. Januar 1996 - hat das Ende Januar 1995 vom Stadtrat nach einer fünfzehn Jahre dauernden Diskussion beschlossene Stadtjugendamt seinen kompletten Betrieb aufgenommen. Damit wurde mehr oder weniger in Lippstadt eine rundweg neugestaltete kommunale Jugend- und Sozialpolitik etabliert.



Herne am Dienstag, 6. November 2018: Als Anerkennung für ihre vorbildliche Jugend- und Sozialarbeit wurde an diesem Tag mit der Übergabe des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“ die Stadt Lippstadt ausgezeichnet. Von links Beatrix Schwarze, Geschäftsführerin des Vereins „Familiengerechte Kommune“, Frank Osinski und Werner Kalthoff, Fachdienstleiter der Stadt Lippstadt, Hans Zaremba, Vorsitzender des städtischen Jugend- und Sozialausschusses, Manfred Strieth, Leiter des Fachbereichs Familie, Schule und Soziales der Stadt Lippstadt, sowie Dr. Brigitte Mohn und Dr. Kirsten Witte von der 1977 gegründeten Bertelsmann-Stiftung.

Archiv-Foto: Thomas Schmidt (Stadt Herne)

Einladung für die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus

Daran erinnert der Verein zur Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Region von Lippstadt mit seinem öffentlichen Dialog **Stadtjugendamt - Rückblick und Ausblick** am **Donnerstag, 5. März 2026, 18.00 Uhr**, Rathaus. Angekündigt haben sich für diesen Abend: **Iris Faulhaber**, städtische Fachbereichsleiterin für Familie, Schule und Soziales, ihr Vorgänger **Manfred Strieth** und der einstige Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Lippstadt, **Hans Zaremba**. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde unter www.rote-lippe-rose.de die Dokumentation **Stadtjugendamt - eine Erfolgsgeschichte** veröffentlicht.

Es wäre schön, wenn an der Zusammenkunft zur Lippstädter Sozialpolitik im Rathaussaal möglichst auch viele Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft 60plus teilnehmen würden.

Karl-Heinz Tiemann

Arbeitsgemeinschaftsleiter

Zweifel, ob Freiwilligkeit reicht

SPD-Aschermittwoch 2026 zu einem brisanten Thema

Während es bei vielen Terminen zum Aschermittwoch meist recht derb zugeht, ist der Politische Aschermittwoch der Lippstädter SPD traditionell eher ein Treffen der behutsamen Töne. So auch in diesem Jahr, als im Lokal „Jathe`s Kegelbahnen“ die Ungewissheit „Funktioniert die Freiwilligkeit?“ zur Lösung der offenkundigen Personalprobleme der Bundeswehr aufgegriffen wurde. Zugegen waren neben dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und einstigen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich (SPD), auch zwei Vertreter der jüngeren Generation: Jeremias Vogel von den Soester Jungsozialisten und Markus Köhler, stellvertretender Schülersprecher am Evangelischen Gymnasium in Lippstadt.



Lippstadt am Aschermittwoch, 18. Februar 2026 (I): Während Jeremias Vogel von den Jungsozialisten aus Soest (links) das im Dezember 2025 vom Deutschen Bundestag beschlossene neue Wehrdienstgesetz als notwendige Reaktion auf die dramatisch veränderte sicherheitspolitische Weltlage verteidigte, favorisierte der Lippstädter Schülersprecher Markus Köhler für sich ein freiwilliges soziales Jahr.

Verteidigungswert

Gleich zum Beginn seines Impulsreferates betonte das Mitglied des Juso-Kreisvorstandes, **Jeremias Vogel**: „Wir verstehen, warum dieses Gesetz beschlossen wurde. Die sicherheitspolitische Lage hat sich in den letzten Jahren spürbar verändert. Frieden in Europa ist keine Selbstverständlichkeit mehr, und ein Staat muss in der Lage sein, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dass Politik auf diese Weise reagiert, ist richtig und verantwortungsvoll.“ Und für den Schriftführer des Soester SPD-Ortsvereins ist es keine Frage, dass „Deutschland verteidigungswürdig ist“. Vor allem wofür dieser Staat stehe. Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und die Chance für jeden Menschen, sein Leben selbst zu gestalten. „Genau das macht unser Land lebenswert – und genau das ist es wert, verteidigt zu werden“, unterstrich **Jeremias Vogel**. Vor diesem Hintergrund begegneten die Jungsozialisten dem Wehrdienst-Modernisierungsgesetz mit einer grundsätzlich positiven Haltung. Und **Markus Köhler** aus Cappel, der im Sommer 18 Jahre alt wird, zählt zu jenen jungen Männern, die bald Post von der Bundeswehr mit Blick auf eine mögliche Einberufung erhalten. Mit ihrer Aktion will die Bundeswehr das Interesse am Freiwilligendienst in den Streitkräften sowie sozialen Diensten abfragen und erste Daten für eine mögliche spätere Musterung erheben. Das Ziel der bundesweiten Maßnahme ist, dass die Anzahl der Soldaten von derzeit rund 280.000 auf 460.000 insgesamt zunimmt.



Lippstadt am Aschermittwoch, 18. Februar 2026 (II): Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und einstige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Wolfgang Hellmich (rechts), hält aufgrund der russischen Bedrohungslage eine rasche Umsetzung des Wehrdienst-Gesetzes aus dem Dezember 2025 für dringend notwendig. Mit im Bild der Cappeler Schüler Markus Köhler.

Fotos (2): Hans Zaremba

Kapazitäten

Dass sich die Befragung nach dem Grundgesetz, durch das in Deutschland Frauen nicht unter die Wehrpflicht fallen, nur an Männer richtet, empfindet **Markus Köhler** „ungerecht“. Zudem stört den Gymnasiasten die verpflichtende Musterung. Skepsis hat er, ob die Bundeswehr überhaupt die genügenden Kapazitäten für die anstehenden Begutachtungen hat. Ebenso bestehe im Hinblick auf eine Wiedereinführung des Wehrdienstes ein deutlicher Mangel an Unterkünften für neue Rekruten. Für den Cappeler, der anstelle einer Einberufung zum Militär ein freiwilliges soziales Jahr favorisiert, müssten auch die Ersatzdienste attraktiver gestaltet und finanziell den Vergütungen der Bundeswehr angepasst werden.

Bedrohungslage

Vom früheren Bundestagsabgeordneten **Wolfgang Hellmich** wurde angesichts der durch den russischen Überfall auf die Ukraine erhöhten Bedrohungslage mit einem denkbaren Angriff von Russland im Baltikum ein Blick auf die nötige Rekrutierung von Soldaten geworfen. Vor einem Jahr habe der Verteidigungsminister **Boris Pistorius** (SPD) den Bedarf an Soldaten genannt, als er von 460.000 Soldatinnen und Soldaten (bei 240.000 aktiven Personen und 220.000 Reservisten) gesprochen habe, was die größte konventionelle Armee in Europa sein werde. Diese Zahlen müsse Deutschland, so der einstige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, als Abschreckung vor dem Hintergrund der 1,5 Millionen bewaffneten russischen Soldaten und der zunehmenden Aufrüstung an den Nato-Grenzen im Westen Russlands so schnell wie möglich erfüllen.

Herausforderung

Ob dies jedoch mit dem derzeitigen Freiwilligkeits-Gesetz erreichbar ist, wurde von mehreren Besuchern des SPD-Aschermittwochs in der von der Co-Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Lippstadt, **Marlies Stotz**, und dem Vormann der SPD-Senioren, **Karl-Heinz Tiemann**, moderierten Diskussionsrunde mit Argwohn betrachtet. Warnende Stimmen sehen darin keine Aussicht, die Personalnot der Bundeswehr zu lösen. Kritisiert wurde auch, dass die junge Generation nicht ausreichend auf die kommenden Herausforderungen vorbereitet werde. Insbesondere würden die Schulen in der Pflicht stehen.

Hans Zaremba

Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen

Dialog der SPD-Senioren am Donnerstag, 19. März, 15.00 Uhr

Die Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren im SPD-Ortsverein Lippstadt plant einen Dialog zur Krankenhausreform mit Sabrina Kiwit von Ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) im Bezirk Westfalen. Dabei soll auch die Politik der Koalition im Bund (CDU/CSU und SPD) unter die Lupe genommen werden. Gewollt ist, das Krankenhauswesen zwischen Rhein und Weser vollkommen neu zu organisieren.



Lippstadt am Freitag, 27. Februar 2026: Für das heutige Klinikum Lippstadt haben im Dezember 2024 das vormalige Dreifaltigkeits-Hospital und das einstige Evangelische Krankenhaus in Lippstadt nach rund 170 Jahren Eigenständigkeit die Verträge für die Fusion der beiden Häuser in der Klosterstraße und Wiedenbrücker Straße unterschrieben. Vorausgegangen waren über 18 Monate lange Vorbereitungen. Für das Land Nordrhein-Westfalen diente die Lippstädter Verbindung als Modellprojekt, da sie die neue Landeskrankenhausplanung bereits berücksichtigte.

Foto: Hans Zaremba

Grundsätzliche Zielsetzung

Die Landesregierung will dabei die Versorgung „bedarfsgerecht“ ausrichten, Qualität verbessern und Betten abbauen (bis 2032 an 18 Prozent), und dies durch Spezialisierung, Zentralisierung und Ambulantisierung. Künftig entscheidet das Land, welche Klinik welche Leistung anbieten darf. Was nicht zugewiesen wird, fällt weg. Die grundsätzliche Zielsetzung – eine bedarfsgerechte Versorgung mit weniger Wettbewerb – kann richtig sein. Doch Ver.di kritisiert die Umsetzung: Die Gewerkschaft befürchtet erhebliche negative Auswirkungen auf Beschäftigte und Versorgungslücken gerade auf dem Land. Durch die in der Sitzung des Lippstädter Stadtrates am 23. Februar eröffnete Debatte über eine mögliche **Fünf-Millionen-Bürgerschaft** der Stadt Lippstadt für das Klinikum Lippstadt hat die **Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen** mit Blick auf die örtliche Situation eine verstärkte Bedeutung erlangt.

Einladung

Über die Auswirkungen der **Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen** wollen wir uns in der Zusammenkunft von 60plus am **Donnerstag, 19. März 2026, 15.00 Uhr**, im **SPD-Bürgerbüro, Cappelstraße 55, Lippstadt**, mit unserer Referentin **Sabrina Kiwit** austauschen.

Es wäre schön, wenn sich möglichst viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an diesem Dialog beteiligten.

Anmeldungen sind wegen der weiteren Organisation unter kht-lippstadt@t-online.de oder **0175 8813718** bis zum **Montag, 16. März 2026**, erwünscht.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Karl-Heinz Tiemann

Leiter der Arbeitsgemeinschaft 60plus im SPD-Ortsverein Lippstadt